

Reichsgesetzblatt

141

Teil II

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 31. März 1933

Nr. 11

Inhalt: Gesetz über die Haushaltsführung im Reiche. Vom 30. März 1933.....	€ 141
Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens über Internationale Ausstellungen durch Griechenland. Vom 27. März 1933.....	€ 142
Bekanntmachung über die Ratifikation des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens über den Nachrichtenaustausch beim Auftreten übertragbarer Krankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten. Vom 28. März 1933.....	€ 143
Bekanntmachung zu dem Internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 29. März 1933.....	€ 148

Gesetz über die Haushaltsführung im Reiche. Vom 30. März 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. II S. 153 ff.) verkündete Plan über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1932 mit Einschluß des durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Februar 1933 verkündeten Nachtrags zum Plan für das Rechnungsjahr 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 80) wird hiermit als Reichshaushaltsplan im Sinne des Artikels 85 Abs. 2 der Reichsverfassung festgestellt.

Artikel 2

§ 1

In der Zeit vom 1. April 1933 bis zum 30. Juni 1933 dürfen die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reichs notwendigen Ausgaben geleistet werden. Für die Art der Verwendung der Mittel und die Höhe der Ausgaben gelten die nachstehenden Vorschriften:

- a) Für die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen und der Soldaten der Wehrmacht gelten, unbeschadet der Vorschrift des § 40 des Besoldungsgesetzes, die Stellenpläne des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 (Artikel 1).
- b) Zur Bezahlung von beamteten und nichtbeamteten Hilfskräften sowie zur Bestreitung sonstiger persönlicher Ausgaben steht bis zu einem Viertel der in dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 bewilligten Beträge zur Verfügung.
- c) Für sächliche Ausgaben steht bis zu einem Fünftel der in dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 bewilligten Beträge,

aber nicht über ein Viertel derjenigen Beträge zur Verfügung, die der Voranschlag für 1933 vorsieht, wenn und insoweit der Reichsminister der Finanzen ihrer Ausbringung zugestimmt hat. Beim Vorliegen einer gesetzlichen oder bürgerlich-rechtlichen Verpflichtung darf über diese Grenze um denjenigen Betrag hinausgegangen werden, der zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlich ist.

- d) Die Vorschrift unter c Satz 1 gilt für die Wehrmacht nur insoweit, als für die Gesamtheit der sächlichen Titel Betriebsmittel nur in den dort festgesetzten Grenzen in Anspruch genommen werden dürfen.
- e) Der Reichsminister der Finanzen kann von den Vorschriften a bis d Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn

1. ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt oder
2. bei Beschaffungen oder bei Fortsetzung von baulichen Unternehmungen die Überschreitung der unter c festgesetzten Grenze aus wirtschaftlichen Gründen oder zur Entlastung der Reichskasse geboten ist oder
3. bei neuen Maßnahmen, für die im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 Mittel nicht bewilligt waren, die Hinausschiebung der Inangriffnahme bis zur Verkündung des Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1933 den mit der Maßnahme verfolgten Zweck in Frage stellen oder erhebliche wirtschaftliche Nachteile für das Reich zur Folge haben würde.

§ 2

Die Einnahmen und Ausgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda sind für die Zeit vom 1. April 1933 bis 30. Juni 1933 nach anliegendem Plan zu verwalten.

§ 3

Die dem Reichsminister der Finanzen früher erteilten Garantiermächtigungen bleiben in Kraft. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt,

- a) zur Förderung des deutschen Außenhandels Garantien bis zum Höchstbetrage von 75 Millionen Reichsmark,
- b) zur Förderung der Getreidebewegung Garantien bis zum Höchstbetrage von 40 Millionen Reichsmark zu übernehmen und
- c) zur Erhaltung der deutschen Seeschifffahrt Reichsschahenweisungen bis zum Höchstbetrage von 45 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

§ 4

Für die Zeit vom 1. April 1933 bis zum 30. Juni 1933 führt die Deutsche Reichspost über den nach § 8 des Reichspostfinanzgesetzes abzuführenden Betrag auch den Betrag an das Reich ab, der in dieser Zeit infolge der ersten und zweiten Gehaltskürzungsverordnung bei den Personalausgaben als Minderausgabe entsteht.

§ 5

Die Vorschriften der §§ 2, 3, 6, 7, 9, 10, 11 und 15 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1932 vom 30. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. II S. 153 ff.) bleiben aufrechterhalten.

§ 6

Artikel 1 tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt am 1. April 1933 in Kraft und mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1933, spätestens am 30. Juni 1933 außer Kraft.

Berlin, den 30. März 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Anlage**Gesamtplan**

Einzelplan	Kapitel	Titel	Einnahmen und Ausgaben	Betrag für 1. April 1933 bis 30. Juni 1933 <i>R.M.</i>
			Ordentlicher Haushalt	
			I. Einnahmen	
Va	1	1/7	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda	628 500
			Summe der Einnahmen des ordentlichen Haushalts für sich.	
			II. Ausgaben	
			a. Fortdauernde Ausgaben	
Va	1	1/30	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda	628 500
			Summe der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts für sich.	

**Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens
über Internationale Ausstellungen durch Griechenland.**

Vom 27. März 1933.

Nach Mitteilung der Französischen Regierung ist das in Paris am 22. November 1928 unterzeichnete Abkommen über Internationale Ausstellungen (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 728) von Griechenland ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunde ist am 21. Januar 1933 im Archiv der Französischen Regierung niedergelegt worden, so daß das Abkommen gemäß

seinem Artikel 36 für Griechenland mit dem 21. Februar 1933 wirksam geworden ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. II S. 127).

Berlin, den 27. März 1933.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Bülow

Bekanntmachung über die Ratifikation des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens über den Nachrichtenaustausch beim Auftreten übertragbarer Krankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten.**Vom 28. März 1933.**

Am 19. September 1932 ist in Prag von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der Tschechoslowakischen Republik ein Abkommen über den Nachrichtenaustausch beim Auftreten übertragbarer Krankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten unterzeichnet worden. Der Wortlaut des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Der im Artikel 9 des Abkommens vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 25. März 1933 in Berlin stattgefunden. Das Abkommen ist mit diesem Tage in Kraft getreten.

Berlin, den 28. März 1933.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung
von Bülow

Abkommen**zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschechoslowakischen Republik**

über den Nachrichtenaustausch beim Auftreten übertragbarer Krankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten.

Das Deutsche Reich und die Tschechoslowakische Republik haben beschlossen, den Nachrichtenaustausch über das Auftreten übertragbarer Krankheiten in den beiderseitigen Grenzgebieten durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichspräsident:

den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Prag
Herrn Dr. Walter Koch;

Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik:

den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
Herrn Dr. Pavel Wellner,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel 1.

Um rechtzeitig entsprechende Maßnahmen gegen das Auftreten von übertragbaren Krankheiten in den Grenzgebieten zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschechoslowakischen Republik treffen zu können, werden die Fälle dieser Krankheiten gegenseitig durch regelmäßigen Nachrichtenaustausch mitgeteilt werden.

Artikel 2.

Diese Nachrichten werden zwischen den unteren Verwaltungsbehörden der deutschen und tschechoslowakischen Grenzbezirke ausgetauscht und haben sich auf

Dohoda**mezi Říší Německou a Republikou Československou**

o výměně zpráv při vypuknutí nakažlivých nemocí v pohraničním území obou států.

Říše Německá a republika Československá se rozhodly upravití dohodou výměnu zpráv o vypuknutí nakažlivých nemocí v pohraničním území obou států.

Za tím účelem jmenovali svými zmocněnci:

President říše Německé:

mimořádného vyslance a zplnomocněného ministra v Praze
pana Dra Waltera Kocho;

President republiky Československé:

mimořádného vyslance a zplnomocněného ministra
pana Dra Pavla Wellnera,

kteří, vyměnivše si navzájem své plné moci a shledavše je v dobré a náležité formě, dohodli se na těchto ustanoveních:

Článek 1.

Aby bylo lze učiniti včas příslušná opatření proti vypuknutí nakažlivých nemocí v pohraničních územích mezi říší Německou a republikou Československou, budou případy těchto nemocí oznamovány pravidelnou výměnou zpráv.

Článek 2.

Tyto zprávy budou vyměňovány mezi nižšími správními úřady německých a československých pohraničních okresů a mají se vztahovati na tyto

folgende übertragbare Krankheiten zu erstrecken: Asiatische Cholera (Cholera asiatica), Pest (Pestis), Pocken (Variola), Fleckfieber (Typhus-exanthematicus), Ausfuß (Lepra), Unterleibstypus (Typhus abdominalis), Paratyphus (Paratyphus), übertragbare Ruhr (Dysenteria), Diphtherie (Diphtheria), Scharlach (Scarlatina), übertragbare Genickstarre (Meningitis cerebrospinalis epidemica), Rückfallfieber (Febris recurrens), Körnerkrankheit (Trachoma), Tollwut (Lyssa, Rabies) sowie Bißverletzungen bei Menschen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, Malaria (Malaria).

Artikel 3.

Der Nachrichtenaustausch hat sich nur auf diejenigen Gemeinden zu erstrecken, die innerhalb des Grenzbezirkles liegen. Als Grenzbezirk gilt auf deutscher Seite der Sollgrenzbezirk und auf tschechoslowakischer Seite die Sollgrenzzone.

Die vertragsschließenden Teile werden einander die Verzeichnisse der in Betracht kommenden Behörden unverzüglich mitteilen.

Artikel 4.

Die Nachrichten werden von den tschechoslowakischen Grenzbezirken halbmonatlich erstattet, falls nicht etwa in der Berichterstattung bei den tschechoslowakischen Behörden eine Änderung dieses Termins erfolgt. Die deutschen Stellen werden die Berichte wöchentlich einfordern.

Die Benachrichtigungen haben beschleunigt durch Einfindung von Nachweisungen über die festgestellten Krankheitsfälle mit Angabe der Zeit, der befallenen Orte, der ermittelten Ansteckungsquellen (nach Beilage) zu erfolgen. Den Nachrichten ist noch eine kurze Mitteilung über die im befallenen Bezirke verfügbaren wichtigen Maßnahmen beizufügen.

Artikel 5.

Als Wochen- bzw. Halbmonatsfrist nach Artikel 4 ist stets eine volle Woche von Sonntag bis Samstag bzw. die Zeiträume vom 1. bis 15. und vom 16. bis Ende jeden Monats zu rechnen.

Fehlanzeigen werden nicht erstattet.

Fälle von asiatischer Cholera, Pest, Fleckfieber und Pocken werden — unbeschadet der weiteren wöchentlichen bzw. halbmonatlichen Nachrichten — sofort beim Ausbruch des ersten Falles auf telegraphischem Wege mitgeteilt. Dieser ersten Mitteilung sind genaue Angaben über Ort, die Zeit und die Ansteckungsquelle beizufügen oder sobald als möglich nachzusenden.

Bei Mitteilungen über asiatische Cholera sind auch die gefundenen Bazillenträger, und zwar getrennt von den Kranken, anzugeben.

Fälle von Malaria, Rückfallfieber, Körnerkrankheit (Trachoma) und spinaler Kinderlähmung (Poliomyelitis epidemica) sind auch dort, wo eine Anzeigepflicht nicht besteht, in demjenigen Umfange mitzuteilen, in welchem sie zur Kenntnis der Verwaltungsbehörden der Grenztreife gelangen.

nakažlivé nemoci: cholera asijská (cholera asiatica), mor (pestitis), neštovice (variola), skvrnitý tyfus (typhus exanthematicus), malomocenství (lepra), bíšňí tyfus (typhus abdominalis), paratyfus (paratyphus), nakažlivá úplavice (dysenteria), záškrť (diphtheria), spála (scarlatina), nakažlivé ztrnutí šlje (meningitis cerebrospinalis epidemica), zvrátná horečka (febris recurrens), trachom (trachoma), vzteklina (lyssa, rabies), jakož i pokousání lidí vzteklými nebo ze vztekliny podezřelými zvířaty, malarie (malaria).

Článek 3.

Výměna zpráv má se vztahovati pouze na ty obce, které leží uvnitř pohraničního okresu. Za okres pohraniční pokládá se na straně německé celní pohraniční okres a na straně československé celní pohraniční pásmo.

Smluvní strany oznámí si neprodleně seznamy úřadů přicházejících v úvahu.

Článek 4.

Zprávy podávány budou československými pohraničními okresy vždy za půl měsíce, pokud snad nenastoupí u úřadů československých změna této lhůty v podávání zpráv. Úřady německé budou zasílati zprávy každý týden.

Oznámení mají se díti s urychlením tak, že se zašlou výkazy o zjištěných případech nemoci s údajem doby, postižených míst, zjištěných pramenů nákazy (podle přílohy). Ke zprávám jest připojiti ještě krátké oznámení důležitých opatření, která v postiženém okresu byla nařizována.

Článek 5.

Za týdenní po případě půlměsíční lhůtu podle čl. 4. jest počítati vždy celý týden od neděle do soboty, po případě dobu od 1. do 15. a od 16. až do konce každého měsíce.

Negativní oznámení nebudou zasílána.

Případy asijské cholery, moru, skvrnitého tyfu a neštovic budou hlášeny ihned při vypuknutí prvního případu telegraficky a to bez ohledu na další týdenní nebo půlměsíční zprávy. K tomuto prvnímu hlášení třeba připojiti přesné údaje o místě, době a prameni nákazy, anebo třeba tyto pokud možno nejdříve dodatečně zaslati.

Při oznámeních o asijské choleře třeba udati i zdravé nosiče bacilů a to odděleně od nemocných.

Případy malarie, zvrátné horečky, trachomu a epidemické dětské obrny (poliomyelitis epidemica) třeba i tam, kde není povinného hlášení, oznamovati v tom rozsahu, jak se o nich správné úřady pohraničních okresů dovědí.

Artikel 6.

Die Verwaltungsbehörde des von einer übertragbaren Krankheit bedrohten Grenzbezirktes hat die Abwehrmaßnahmen mitzuteilen, die sie in ihrem Bereiche gegen den von den Krankheit befallenen Bezirk des anderen Staates getroffen hat.

Artikel 7.

Treten im Grenzgebiete Fälle von Cholera, Pest, Fleckfieber und Pocken oder von anderen akuten übertragbaren Krankheiten auf, so kann, falls die Gefahr einer Verschleppung über die Grenze besteht, der ärztliche Beauftragte der unteren Verwaltungsbehörde des anderen Staates, falls sich ihr Bezirk in der Nähe einer befallenen Gegend befindet, entsandt werden, um sich an Ort und Stelle über den Stand der Seuche zu unterrichten. Diese Erkundigungen dienen ausschließlich zur amtlichen Aufklärung der Behörde.

Die beabsichtigte Entsendung eines ärztlichen Beauftragten ist der zuständigen Behörde des anderen Staates vorher anzukündigen. Diese Behörde teilt auf kürzestem Wege mit, wann und wo dieser Beauftragte erwartet wird.

Der entsandte ärztliche Beauftragte darf seine Ermittlungen über die Ausbreitung einer übertragbaren Krankheit und die zu ihrer Bekämpfung getroffenen Maßnahmen nur in Gegenwart eines Beamten des anderen Staates vornehmen und soll dabei auf Wunsch nach Möglichkeit von dem zuständigen Amte mit Auskunft versehen und bei der Durchführung seiner Aufgabe unterstützt werden.

Die Dauer der Amtshandlung des entsandten sachverständigen Beauftragten ist auf dasjenige Maß zu beschränken, welches zur Untersuchung über den Gesundheitsstand auf dem Gebiete des anderen Staates unbedingt nötig ist. Er hat nach beendigter Untersuchung des Sachverhalts das Gebiet des anderen Staates sogleich zu verlassen.

Der ärztliche Beauftragte hat beim Grenzübertritt neben einem Paß oder einem für den Grenzverkehr allgemein zugelassenen Grenzausweis die Einladung zur Teilnahme an der Amtshandlung auf dem Gebiete des anderen Staates vorzulegen.

Artikel 8.

Durch die Bestimmungen dieses Abkommens bleiben die einschlägigen Vorschriften der in Kraft befindlichen internationalen Sanitätsabkommen unberührt.

Artikel 9.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, wird zeitlich unbegrenzt abgeschlossen, kann jedoch durch jeden der beiden Staaten mit einjähriger Frist gekündigt werden. Gleichzeitig werden die im Verhältnis des Deutschen Reiches zur Tschechoslowakischen Republik durch Bekanntmachung vom

Článek 6.

Správní úřad pohraničního okresu ohroženého nakažlivou nemocí, má oznámiti, jaká obranná opatření učinil ve svém okrsku proti nemocí postiženému okresu druhého státu.

Článek 7.

Vyskytnou-li se v pohraničním území případy cholery, moru, skvrnitého tyfu a neštovic nebo jiných akutních nakažlivých nemocí, může při nebezpečí zavlečení přes hranice býti vyslán lékařský zmocněnec nižšího správního úřadu druhého státu, je-li jeho okres v blízkosti postižené krajiny, aby se na místě přesvědčil o stavu nákazy. Tato vyšetření slouží výlučně pro služební informaci úřadu.

Príslušný úřad druhého státu má býti predem vyrozuměn o úmyslu vyslati lékařského zmocněnce. Úřad ten oznámí nejkratší cestou, kdy a kde bude tento očekáván.

Vyslaný lékařský zmocněnec smí svá vyšetřování o rozšíření nakažlivé nemoci a opatřeních k jejímu potlačení učiněných konati jen za přítomnosti úředníka druhého státu a má při tom na své přání býti příslušným úřadem podle možnosti informován a podporován ve vykonávání svého úkolu.

Dobu svého úředního jednání má vyslaný znalecký zmocněnec omeziti na onu míru, jaké jest nezbytně potřebí k vyšetření zdravotního stavu na území druhého státu. Po skončeném vyšetření stavu věcí musí ihned opustiti území druhého státu.

Znalecký zmocněnec má při přechodu hranice předložit kromě pasu nebo jiné, pro pohraniční styk obecně připuštěné průkazky, pozvání k účasti při úředním jednání na území druhého státu.

Článek 8.

Ustanovení této dohody nedotýkají se souhlasných předpisů platných mezinárodních zdravotních ujednání.

Článek 9.

Tato dohoda bude ratifikována. Ratifikační listiny budou pokud možno nejdříve vyměněny v Berlíně. Dohoda nabude platnosti dnem výměny ratifikačních listin, sjednává se na neomezenou dobu, může však býti každým z obou států vypovězena s jednoročním lhůtou. Současně pozbývají platnosti ustanovení z roku 1897, která byla v poměru mezi říší Německou a republikou Československou opět v platnost uvedena vyhláškou ze

5. Mai 1921 (Reichsgesetzblatt S. 504ff.) und vom 29. Oktober 1921, Nr. 387 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen wieder in Kraft gesetzten Bestimmungen, betreffend den Nachrichtenaustausch zwischen deutschen und österreichischen Behörden in den Grenzbezirken über Cholerafälle und Choleramaßnahmen und die gegenseitige Einräumung der Befugnisse zur Entsendung von Kommissaren an die nahe an der Grenze gelegenen Choleraorte vom Jahre 1897, außer Wirksamkeit gesetzt.

Artikel 10.

Dieses Abkommen, dessen deutscher und dessen tschechoslowakischer Wortlaut in gleicher Weise maßgebend sind, wird in zwei Urschriften ausgefertigt, von denen die eine im Archiv der Deutschen Regierung, die andere im Archiv der Tschechoslowakischen Regierung niedergelegt wird.

Geschehen in Prag am 19. September 1932.

Walter Koch

dne 5. května 1921 (Reichsgesetzblatt str. 504 a násl.) a z 29. října 1921 čís. 387 Sbírký zák. a nař. a která se týkají výměny zpráv mezi německými a rakouskými úřady v pohraničních okresech o případech cholery a opatření proti choleře a vzájemného vyhrazení si práva vyšetřovat do pohraničních míst cholera postižených.

Článek 10.

Tato dohoda, jejíž německé a československé znění mají stejnou platnost, vyhotovuje se ve dvou prvopisech, z nichž jeden bude uložen v archivu vlády německé, druhý v archivu vlády československé.

Dáno v Praze dne 19. září 1932.

D. Wellner

Beilage.

Halbmonatliche
Wöchentliche Melbung

über übertragbare Krankheiten für die Zeit vom bis

Staat:

Land:

Kreis (usw.):

Bezeichnung der Krankheit	Gemeinde	Zahl der aus der Vorwoche verbliebenen Kranken	Zahl der Neuerkrankten	Zahl der Gestorbenen	Angaben über die Ansteckungsquelle und die getroffenen Abwehrmaßnahmen
1	2	3	4	5	6

Anmerkung:

1.) In die Nachweisung werden folgende übertragbare Krankheiten aufgenommen:

Asiatische Cholera (Cholera asiatica), Pest (Pestis), Pocken (Variola), Typhus exanthematicus, Aussatz (Lepra), Unterleibstypus (Typhus abdominalis), Paratyphus (Paratyphus), übertragbare Ruhr (Dysenteria), Diphtherie (Diphtheria), Scharlach (Scarlatina), übertragbare Genickstarre (Meningitis cerebrospinalis epidemica), Rückfallfieber (Febris recurrens), Körnerkrankheit (Trachoma), Tollwut (Lyssa, Rabies) sowie Bißverletzungen bei Menschen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, Malaria (Malaria).

Bei Mitteilungen über asiatische Cholera sind auch die gesunden Bazillenträger, und zwar getrennt von den Kranken, anzugeben. Fälle von Malaria, Rückfallfieber, Körnerkrankheit (Trachoma) und spinaler Kinderlähmung (Poliomyelitis epidemica) sind auch dort, wo eine Anzeigepflicht nicht besteht, in demjenigen Umfange mitzuteilen, in welchem sie zur Kenntnis der Verwaltungsbehörden der Grenzbezirke gelangen.

2.) Die Spalte 3 ist nur bei Cholera und Pest auszufüllen.

Příloha.

Půlměsíční
Týdenní zpráva

o nakažlivých nemocech za dobu od do

Stát:

Země:

Okres:

Nemoc	Obec	Počet nemocných od minulého týdne	Počet nově onemocnělých	Počet zemřelých	Údaje o pramenech nákazy a obranných opatřeních, jež zaházena
1	2	3	4	5	6

Poznámka:

1.) Do výkazu budou pojaty nakažlivé nemoci:

Cholera asijská (cholera asiatica), mor (pestitis), neštovice (variola), skvrnitý tyfus (typhus exanthematicus), malomocenství (lepra), břišní tyfus (typhus abdominalis), paratyfus (paratyphus), nakažlivá úplavice (dysenteria), záškrt (diphtheria), spála (scarlatina), nakažlivé ztrnutí šíje (meningitis cerebrospinalis epidemica), zvrtná horečka (febris recurrens), trachom (trachoma), vzteklina (lyssa, rabies), jakož i pokousání lidí vzteklými nebo ze vztekliny podezřelými zvířaty, malarie (malaria).

Při onemocněních asijskou cholerou jest udati též zdravé nosiče bacilů a to odděleně od nemocných.

Případy malarie, zvrtné horečky, trachomu a epidemické dětské obrny (poliomyelitis epidemica) třeba oznámiti i tam, kde není povinného hlášení, a to v tom rozsahu, jak se o nich správné úřady pohraničních okresů dozvědí.

2.) Rubrika 3 vyplňuje se jen při oholefe a moru.

**Bekanntmachung zu der dem Internationalen
Abereintommen über den Eisenbahnfracht-
verkehr beigefügten Liste. Vom 29. März 1933.**

Die Angaben der Liste unter „Deutschland“ und „Dänemark“ sind geändert worden. Die Änderungen sind in Nr. 74 des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers vom 28. März 1933 enthalten.

Berlin, den 29. März 1933.

Der Reichsverkehrsminister

Im Auftrag

Ulrich

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —.
Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 1,10 *R.M.*, für Teil II = 1,50 *R.M.*
Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom Reichsverlagsamt, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4 (Postfach-
konto: Berlin 96 200). Preis für den achtseitigen Bogen 15 *h.*, aus abgelaufenen Jahrgängen 10 *h.* einschließlich der Post-
druckgebühren. Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.